

krieges mit dem Ziel der Verwirklichung der alten Eroberungspläne der unverbesserlichen Militaristen untergeordnet. Es dient dazu, die Jugend mit dem verderblichen Gedankengut des Revanchismus, Chauvinismus und Völkerhasses zu vergiften und so die ideologischen Voraussetzungen für neue Kriegsabenteuer zu schaffen.<sup>2</sup>

Gerade diese Kernfrage, wie überhaupt die gesamte revanchistische und auf Gewalt ausgerichtete Politik des Bonner Staates, wird sorgsam aus der öffentlichen Diskussion um die Jugendkriminalität herausgehalten — so, als ob sie damit nichts zu schaffen hätte. Aber muß denn das Gegenteil erst bewiesen werden? Da stellt sich ein Jaeger hin und offenbart von der Tribüne des Bundestages herab die Absicht der herrschenden Kreise des Bonner Staates, Atombomben auf Leipzig zu werfen. Wer sagt dem jungen Menschen in Westdeutschland, daß in Leipzig seine Brüder, daß Deutsche dort wohnen? Die Fachleute werden entrüstet sagen: „Aber das ist doch Politik.“ Jawohl, das ist Politik, das stimmt! Hier wurde Mord, Massenmord propagiert. Es gibt kaum eine Abhandlung über die Jugendkriminalität in Westdeutschland, in der nichts über die Rolle des Erwachsenen als Vorbild für den reifenden jungen Menschen zu lesen steht. Hier nun wird öffentlich der Brudermord propagiert — die Fachwelt aber schweigt! Oder: Vom Gesetz sind Diebstahl und Raub auch in Westdeutschland unter Strafe gestellt. Wer einem anderen eine Geldbörse mit Gewalt wegnimmt, wird mit Zuchthaus bestraft. Regierungsmitglieder wie Seebohm aber rufen dazu auf, die Gebiete der den Deutschen benachbarten Völker zu rauben. Sind das keine die Jugend aufs höchste gefährdenden Einflüsse? Manchmal wird zur Beschwichtigung des Auslandes verniedlicht und wider besseres Wissen beteuert, daß natürlich nur an die friedliche Verwirklichung des „Heimatrechtes“ gedacht sei. K u b y schreibt dazu:

„Dann wird also der Baron von Manteuffel eines Tages, wenn ihm das ‚Heimatrecht‘ zugebilligt wird, bei einem kommunistischen Bürgermeister vorstellig werden, ihn um zehn Hektar Land bitten und um die Erlaubnis, dieses Land in die Gemeinwirtschaft des Dorfes einbringen zu dürfen? Und .. Oberländer wird sich um einen Landratsposten bei der kommunistischen Regierung in Warschau bewerben? — So ist es nicht gemeint? Man will kein ‚Heimatrecht‘ in einem kommunistischen Polen? In einem kapitalistischen denn? Wie soll das entstehen? Ja, das ist die Frage.“<sup>3</sup>

Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Die Atmosphäre auf den unzähligen staatlich geförderten Treffen der Revanchistenorganisationen ist eindeutig genug. Hier wird tausendfach der giftige Samen des Hasses und der Gewalt gelegt. Man will — wie besagter Seebohm erst jüngst wieder forderte — ein „befreites“ (lies: kapitalistisches) Europa bis zum Ural. Man will erobern, also Krieg! Dafür drillen die „alten Hasen“ der Hitlerarmee die jungen „Staatsbürger in Uniform“, prahlen schon wieder offen mit ihren Verbrechen während des letzten Krieges und versichern, daß es wieder los geht — gegen Rot!

Da wird also von Staats wegen und von staatlich geförderten Organisationen der Revanchegedanke gezüchtet, das schrecklichste Mordwerkzeug zusammengetragen, zur „Befreiung“ der DDR und anderer Völker aufgerufen; aber das alles beeindruckt die Diskussteilnehmer offenbar nicht. Es berührt nicht ihre Zuständigkeit, wenn Teile der westdeutschen Jugend in Uniform zu diesem Zecke wieder „hart wie Kruppstahl“<sup>11</sup> gemacht und schon in Friedenszeiten in reißende Ströme und in den Tod getrieben werden.

<sup>2</sup> siehe Neues Deutschland vom 1. Dezember 1960, Nr. 332, S. 4 (Ausgabe B).

<sup>3</sup> Auszüge aus Kubys Buch „Alles im Eimer“, siehe Neues Deutschland vom 19. November 1960, Nr. 320 (Ausgabe B), S. 5.

Oder bleibt es etwa ohne Einfluß auf die Moral des heranreifenden Menschen, wenn ihm täglich in diesem Staate vorexerziert wird, daß jedem, der anderen Sinnes ist als die herrschende Schicht von Monopolisten und Militaristen, Gewalt angetan werden darf, daß Väter, die sich schützend vor ihre den Wehrdienst verweigernden Söhne stellen, zusammengeschossen werden, friedfertige Reisende aus den Zügen geholt und in die Gefängnisse gesperrt, daß angesehene Anhänger der Friedensbewegung ihrer lauterer Gesinnung wegen diffamiert und vor Gericht gestellt werden?

Hat es nichts mit Jugendgefährdung zu tun, wenn Jungen zu Tausenden an die Fremdenlegion verschachert, Mädchen an ausländische Bordelle verkauft werden? Ist es ohne Belang für dieses Thema, wenn die amerikanischen Besatzer ihre Lebensweise damit anpreisen, daß sie Gewalttätigkeiten begehen und deutsche Frauen und Mädchen als Freiwild betrachten?

Wo eine Feindpsychose geschaffen, Haß und Gewalt gegen andere Völker gepredigt werden, darf man sich nicht wundern, wenn die giftige Saat zuerst im eigenen Land aufgeht.

Weiter: Wie soll das Weltbild einer Jugend werden, der die Wahrheit über die jüngste deutsche Vergangenheit bewußt vorenthalten wird, wenn statt dessen ein Kult mit ehemaligen Faschisten und Militaristen betrieben wird, wenn der ganze Staat, von den Gemeinden bis zu den höchsten Bundesämtern, mit diesem Geschmeiß durchsetzt ist?

Ein Lehrer berichtete von den Ergebnissen des Geschichtsunterrichts an einer westdeutschen Schule:

„Um Hitler und den Faschismus geht man wie die Katze um den heißen Brei. Ich habe es selbst erlebt bei Umfragen in meiner Klasse: Wer war Hitler? Die Antworten lauteten: ‚Ein Mann mit Schnurrbart!‘, ‚Er hat viel Gutes für den Arbeiter getan!‘ und ‚Die Wehrmacht hat den Krieg deshalb verloren, weil die Amerikaner irrtümlicherweise den Russen geholfen haben!‘“<sup>4</sup>

Das ganze westdeutsche Erziehungs- und Bildungswesen ist heute schon so weit, daß — wie es auch in dem bereits zitierten Memorandum der Regierung der DDR an die UNESCO heißt — die jüngste deutsche Geschichte systematisch verfälscht, die faschistischen Aggressionsakte als „notwendige Abwehrmaßnahmen“ ausgegeben, die lange vorbereiteten Überfälle auf andere Völker als „schicksalhafte Ereignisse“, die heimtückische Aggression gegen die Völker der UdSSR als „Kreuzzug für das Abendland“ dargestellt werden. Im Gegensatz dazu wird der heldenhafte Widerstandskampf gegen die faschistische Barbarei entstellt, bagatellisiert und immer mehr aus den Geschichtsbüchern gestrichen.

Da wird scheinheilig von einer „unbewältigten Vergangenheit“ gesprochen, der klerikal-militaristische Staat aber tut alles, die schwärzeste Zeit der deutschen Geschichte zu vernebeln oder gar zu glorifizieren. Und die Fachwelt steht Gewehr bei Fuß dabei. Selbst wenn sie mit der Nase darauf gedrückt wird, sucht sie Ausflüchte und umgeht eine echte Auseinandersetzung. Da gibt es die in Westdeutschland erscheinende „Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform“, zu deren ständigen Mitarbeitern übrigens auch der eingangs zitierte Professor Hallermann gehört. In der Nr. 5/6 dieser Zeitschrift für das Jahr 1959 wurde eine Arbeit des cand. jur. Lüders über die nationalsozialistischen Jugendschutzlager abgedruckt. Im Heft 1/2 derselben Zeitschrift vom Juli 1960 gab Dr. Marcus, Kopenhagen, seiner Verstimmung darüber Ausdruck und schrieb u. a. wörtlich:

„Der Verfasser gibt einen Abriss über die Bemühungen vergangener Rechtsordnungen zur Frage der

<sup>4</sup> vgl. Neues Deutschland vom 16. November 1960, S. 2 (Ausgabe B).